

Freilich nur mit 22 gegen 17 Stimmen, das Gesetz angenommen zu sehen, das in seiner neuen Fassung auch die Zustimmung der zweiten Kammer erhalten hat. Nur der wichtigste Antrag der zweiten Kammer, wegen Befestigung jeden Einflusses ausländischer Behörden auf die oberlauser Stifter und Klöster ist noch Gegenstand von Differenzen, da die erste Kammer denselben verworfen, die zweite Kammer ihn aufrecht erhalten hat. Von der gereizten Stimmung zwischen den beiden Kammern legte die im Munde eines Präsidenten doppelt auffällige Aeußerung von Zehmens ab, daß das Gesetz einem „leichtfertigen“ Antrage, dem die zweite Kammer zugestimmt habe, seine Entstehung verdanke. Dem gegenüber hielt es Bürgermeister Haberkorn, Präsident der zweiten Kammer, für geboten zu konstatieren, daß nicht ein leichtfertiger Antrag, sondern der Wille der zweiten Kammer den Antrag zur Vorlegung des Gesetzentwurfs gegeben habe. — Der bisherige sächsische Gesandte in Wien, Geh. Rath von Dole, ist bekanntlich durch den bisherigen Ceremonienmeister des Königs, von Hellendorf, ersetzt worden. Als dessen Nachfolger wurde seit mehreren Tagen der Chef des Dresdener Cabottenhauses, Oberst von Welan, genannt, der seit dem ungünstigen Ausfall des letzten Gramen wiederholt den Wunsch geäußert hat, die Leitung des Cabottenhauses niederzulegen; doch wird heute die Ernennung des Kammerherrn A. von Nikitz zum Ceremonienmeister verkündet. — Die Einziehung der verfallenen Caution des Comités für den Bau der Müglitzthal-Bahn ist auch von der ersten Kammer gutgeheißen worden.

Fulda, 30. Juni. [Die geistliche Collectiv-Erklärung.] Vor einiger Zeit veröffentlichte der hiesige katholische Clerus im „Frankf. Journal“ eine Erklärung des Inhalts, daß alle Unterzeichner mit dem die Einheit des Glaubens und die Zusammengehörigkeit mit dem römischen Stuhle während den Bischofsverweiser Fahne solidarisch seien und keiner von ihnen jemals eine geheime Correspondenz über Diöcesan-Angelegenheiten mit einem auswärtigen Prälaten unterhalten habe. Unterzeichnet sollte diese Erklärung sein von den sämtlichen hiesigen Priestern, mit alleiniger Ausnahme der im Staatsdienste stehenden. Jetzt hat nun das „Frankf. Journ.“ nachgewiesen, daß die Unterschrift des Diöcesanpriesters und ehemaligen Dirigenten des Knaben seminars, Freiherrn v. Korff, eines nahen Anverwandten des Bischofs von Mainz, unter der Erklärung fehlt. Eine Erläuterung hierzu hat man bisher wohlweislich verweigert, so daß jetzt wohl ein Jeder über die Tragweite jener Erklärung einen Schluss ziehen kann.

München, 28. Juni. [Kammer der Abgeordneten.] Beratung des Jürg'schen Initiativantrags, die Landtagswahlen betreffend. (Galerien nicht stark besucht.) Schels leitete die Discussion ein und begründet ausführlich die Bedürfnisfrage nach Revision des jetzigen Wahlgesetzes auf Grundlage der direkten Wahlen, kritisiert einzelne Artikel des jetzigen Gesetzes und empfiehlt schließend den neuen Wahlgesetzesentwurf. Der Präsident berieht darauf den Antrag Schaus mit 71 Unterschriften auf Uebergang zur miltwirtlichen Tagesordnung.

Schau begründet seinen Antrag und erläutert, weshalb sich die liberale Parte heute ablehnend verhalten müsse; hiesiglich nur für kurze Zeit. „Wir sind der Meinung, daß die uns noch vergönnte Zeit zu weit vorgeschritten ist, um mit Ernst und Grundlichkeit an die Beratung zu gehen. Wir wollen das Reformwerk erst dann in Angriff nehmen, wenn Aussicht vorhanden ist, daß dasselbe auch wirklich fertig werde, wenn man dem Lande eine fertige Arbeit vorlegen könne. Ein anderer Grund, der uns heute ablehnend verhalten läßt, liegt in den jetzigen inneren Verhältnissen; es fehlt Ruhe und Maßhaltung. Auch von der Wahlkreis-Einteilung ließe sich noch etwas sagen.“ Jürg erinnert die liberale Partei daran, daß das Gesagte zur Begründung des Schaus'schen Antrages nicht hinreichte. Das alte Wahlgesetz habe durch Mißbrauch seine Ehre verloren. Jürg befragt aus tiefster die Gleichgiltigkeit der Staatsregierung bezüglich der Vorlage. Die liberale Partei laude den Schein auf sich, daß sie zur Zeit die im Volke lebende Ueberzeugung nicht zum Ausdruck kommen lassen wolle.

Fischer erinnert zunächst daran, welchen Antheil er an der Lösung der vorliegenden Frage seit Jahren genommen; allein er habe die Gewißheit erlangt, daß die von ihm zu beantragenden Modificationen die Majorität erlangen würden, deshalb habe er den Schaus'schen Antrag unterschrieben.

Dr. Ritter erinnert an die großen Opfer, welche die patriotische Partei bezüglich der Wahlkreis-einteilung gebracht und verleihe den im „Frankf. Journal“ veröffentlichten Brief des Abg. Herz. Nachdem Pfeuffer den Vorwurf Jürg's, Gleichgiltigkeit der Staatsregierung gegen den Entwurf, zurückgewiesen, und Frankenburger ausgeführt habe, daß das Verhalten der Majorität bezüglich der Kreis-einteilung die Schuld am Mißzustand gekommen des Gesetzes trüge, wird Schluß der Generaldiscussion angenommen.

Der Antrag Schaus wird bei Namensabstimmung mit 75 gegen 72 Stimmen abgelehnt, in der Specialdebatte Art. 1 bei namentlicher Abstimmung mit 75 gegen 72 Stimmen angenommen. Weitere Discussion findet nicht statt, da dieselbe überflüssig ist, indem die notwendige Zweidrittel-Mehrheit nicht erreicht, mithin das Gesetz verworfen ist.

Stuttgart, 30. Juni. [Das Gesammt-Landescomité der Volkspartei.] trat am Sonntag hier zusammen. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Von den eingeladenen Großdeutschen war Beckler, der Reichstagsredner von 1849, erschienen. Als Vorsitzender des Stuttgarter Landescomités eröffnete Carl Mayer mit herzlichem Worten die Verhandlungen und theilte zunächst mit, Veranlassung der Versammlung seien die von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Bedenken, ob das Partei-Programm über die Stellung der Partei zum Reich sich mit hinreichender Klarheit ausspreche und ob nicht eine Aenderung aus tatsächlichen Gründen wünschenswert sei. Das Comité legte nun folgende Resolution vor:

„Auf den Wunsch und Antrag verschiedener Parteigenossen ist das württembergische Landescomité in Beratung darüber getreten, ob das Programm der deutschen Volkspartei, wie da und dort behauptet worden ist, einer Revision bedürfe, um dasselbe mit den großen Veränderungen in Einklang zu bringen, welche seit 1870 in Deutschland eingetreten sind. In Erwägung jedoch, daß auf diese Neugestaltung Deutschlands schon in dem zuletzt aufgestellten, am 12. October 1873 von einer hierzu berufenen, aus Nord und Süd beständigen Delegation-Versammlung zu Frankfurt festgestellten Programm in Art. I. § 2 und 3 und in Art. II. § 2 geahndet Rücksicht genommen ist, beschließt das Landescomité von einem Antrag auf Revision des Programms beim Bericht der deutschen Volkspartei abzusehen, letzteres aber durch wiederholten Abdruck zur erneuten Kenntniß der Parteigenossen zu bringen.“

Nach längerer und lebhafter Debatte wurde diese Resolution mit großer Majorität angenommen, ebenso ein aus der Mitte der Versammlung gemachter Vorschlag, den Abdruck des Programms mit einleitender Erläuterung im Sinne der heutigen Erörterung an die Parteigenossen hinausgeben und die Ausführung dem Stuttgarter Landescomité zu überlassen. Eine weitere Resolution lautet:

„Ferner beschließt das Landescomité, mit Rücksicht auf die am Schlusse des Jahres bevorstehenden Wahlen, für Sonntag, den 1. October d. J., eine Landesversammlung einzuberufen, damit der Partei Gelegenheit gegeben sei, sich über die nach der politischen Lage dringendsten und zunächst zu erstrebenden Volksforderungen auszuspochen.“

Dieselbe wurde einstimmig angenommen. Die letzte Resolution heißt: „Ebenfalls erläßt das Landescomité die Aufforderung an sämtliche Parteigenossen, die bevorstehenden Landtags- und Reichstagswahlen rechtzeitig ins Auge zu fassen, und dem Stuttgarter Landescomité über alle dieselben betreffenden Vorgänge Mittheilung zu machen, damit dieselben in den Stand gesetzt werde, die Bestrebungen der Partei in den einzelnen Bezirken nach Kräften zu fördern, schädlichen Collisionen innerhalb der Partei vorzubeugen und mit den dieser naheliegenden Parteien, wie bisher ein gemeinsames Vorgehen in den Wahlangelegenheiten, selbstständig ohne Beeinträchtigung der eigenen Grundzüge und Organisation, zu ermöglichen.“

Auch diese Resolution, zu der Becker in bedeutungsvoller Rede sprach, wurde einstimmig angenommen. — Die Landtagsession ist heute geschlossen worden.

Frankreich.

Paris, 28. Juni, Abends. Zur orientalischen Frage.

— Mac Mahon's neuestes Schreiben an den Kriegsmminister. — Begnadigung. — Prinz Napoleon. — Diplomatische. — Personalien.] Dgleich man auf böse Nachrichten aus dem Orient gefaßt sein mußte, so hat man hier doch nicht ohne Bestürzung erfahren, daß nun zwischen Serbien und der Türkei die Kanonen entscheiden sollen. Aus der Gesamtheit der heutigen Mittheilungen schließt man auf die Unvermeidlichkeit des Krieges und die Aufregung ist groß. An Jeden tritt die Frage heran, ob die Localisirung des Kampfes möglich sein, ob nicht ein wenig früher oder später trotz alles Widerstrebens Europa in Flammen gesetzt werden wird. Man ist dabei von der guten Absicht der Mächte überzeugt, aber die Diplomatie hat sich seit einem Jahre so ohnmächtig erwiesen, daß einige Zweifel gestattet bleiben. Wie sich England, wie sich Rußland verhalten werden, das ist natürlich die erste Frage; alle Welt aber ist einig darüber, daß Frankreich die stricteste Neutralität bewahren müsse. Wenn wir den Gesamteindruck der hiesigen politischen Kreise wiedergeben sollen, so können wir nur sagen: er resumirt sich in der Entscheidung darüber, daß von der Laune der Serben die Erhaltung des europäischen Friedens abhängen soll, der eine so dringende Nothwendigkeit für alle Mächte ist. Da dieser Gedanke wahrscheinlich allenthalben mit gleicher Stärke auftritt, so ist doch noch zu hoffen, daß er die Cabinete zu einer neuen Anstrengung antreiben wird, und daß es ihnen möglich sein wird, wenn nicht den Ausbruch des Unheils zu verhindern, doch seinem Umfanggrößen vorzubeugen. — Das Tages-Ereignis auf dem Gebiete der inneren Politik ist die Veröffentlichung eines Briefes Mac Mahon's an den Kriegsmminister de Cissey. Schon seit einigen Tagen war bekanntlich die Rede von demselben. Nach der Befestigung des Amnestievorlages brachte die Linke mehrere Vorschläge ein, welche die Einstellung der Prozesse vor den Kriegsgerichten zum Zwecke hatten. Dufaure seinerseits versprach im Namen der Regierung, daß jene Prozesse auf das möglichst geringe Maß beschränkt werden sollten. Der Brief Mac Mahon's ist die Verwirklichung dieses Versprechens. Der Präsident der Republik constatirt, daß seit zwei Jahren schon die Kriegsgerichte nur solche Personen verurtheilt hätten, die wegen eines Verbrechens gegen das gemeine Recht verfolgt würden oder welche eine hervorragende Rolle in der Commune gespielt haben. Diese Versicherung ist nicht wörtlich zu nehmen, da in der letzten Zeit noch mehrere Urtheile wegen einfacher Betheiligung am Aufstande gefällt wurden. Aber der Marschall-Präsident fährt fort: „Künftig soll keine Verurtheilung stattfinden, wenn sie nicht gewissermaßen durch das einstimmige Gefühl aller ehrlichen Leute, welcher Meinung dieselben auch angehören, geboten ist. Das öffentliche Gewissen würde sich mit Recht unruhigen, wenn es diejenigen wieder am hellen Tageslichte erscheinen sähe, welche weder das Leben noch die Freiheit noch das Eigenthum geschont haben, um ihre Rache oder ihre Begierden zu befriedigen, oder diejenigen, welche die aufständische Bewegung vorbereitet, organisiert und geleitet haben, während andere weniger Schuldige streng bestraft wurden. Aber mit Ausnahme dieser besonderen Fälle, welche man im Gesetze schwer im Voraus bestimmen könnte, glaube ich, daß wir alle Fälle, welche mit dem verhängnißvollen Aufstande von 1871 in Verbindung stehen, der Vergessenheit anheimgeben könnten. Am diejenigen, welche sich noch bedroht glauben können, zu beruhigen, fordert der Marschall-Präsident durch den Kriegsmminister alle Generale, in deren Bezirk die Kriegsgerichte zu tagen haben, auf, „allen bloß Verurtheilten die Wohlthat der Vergessenheit angedeihen zu lassen“. Da diese Aufforderung einigermaßen der Klarheit ermangelt, sagt Mac Mahon hinzu, daß im Falle einer Verurteilung dem Kriegsmminister und durch diesen dem Ministerrath vorher Kenntniß zu geben sei. Das soll also wohl heißen, daß der Ministerrath künftig die Prozesse unter seine Verantwortung nehmen wird und diese Maßregel wäre schwer anzuzweifeln. Vielfache Angriffe wird dagegen ohne Zweifel ein anderer Passus des Briefes erfahren, worin es heißt, daß die in contumaciam Verurtheilten auch ferner der militärischen Jurisdiction unterworfen bleiben sollen. Dieser Verurtheilten sind nicht weniger als 3813 und wenn die Maßregel sich nicht auf sie erstreckt, bleibt demnach eine große Kategorie von Verurtheilten der Verbannung preisgegeben, oder aber es steht eine große Reihe neuer Prozesse, welche die alle Wunde offen halten werden, in Aussicht. Es bleibt dann noch sehr zweifelhaft, ob die Linke ihre Verzögerungspläne zurückziehen und ob sie ganz darauf verzichten wird, auf gesetzlichem Wege die Einschränkung der Prozesse herbeizuführen. Zu gleicher Zeit meldet heute das Amtsblatt, daß Mac Mahon 87 wegen Theilnahme an der Commune Verurtheilten auf dem Wege der Gnade die Strafe ganz resp. theilweise erlassen hat. — Der Prinz Jerome Napoleon hat darauf angezogen, wieder unter die Großkreuze der Ehrenlegion aufgenommen zu werden. Nachdem der Ministerrath sich mit dieser Frage beschäftigt, hat der Groß-Kanzler des Ordens, General Vinoy, den Advocaten des Prinzen benachrichtigt, daß der Name seines Klienten wieder in dem Annuaire nationale Aufnahme finden solle. — Fürst Deloff, der seine Reise nach Jugenheim aufgeschoben hat, hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Duc Decazes. — Man erzählt, daß der General Giardini vom König Victor Emmanuel zum Vertreter Italiens in Paris ersehen worden ist. Giardini hatte sich Anfangs gestraubt, diesen Posten anzunehmen, scheint sich aber jetzt geneigt dazu zu zeigen. — Die beiden Söhne und der Neffe des Rhebidie sind gestern mit ihrem Gefolge in Marseille angekommen und im Hotel Roailles abgestiegen.

Paris, 29. Juni. [Die Presse über den Brief Mac Mahon's an den Kriegsmminister. — Zum Municipalgesetz. — Die „Republique“ über die französische Botschaft am Vatican. — Der „Moniteur“ über die Haltung Englands in der orientalischen Frage.] Der Brief Mac Mahon's an de Cissey ist, wie es sich erwarten ließ, von der gemäßigten republikanischen Presse mit Anerkennung, von den radicalen Blättern sehr kühl aufgenommen worden. Die Gambetta'sche „Republique“ sagt darüber unter Anderem: „Wir beglückwünschen den Präsidenten der Republik zu seinen Absichten. Dieselben können uns nicht überraschen von Seiten des Marschalls de Mac Mahon, eines der Sieger der Commune, welche stets von diesen Ereignissen mit der meisten Kaltblütigkeit und Billigkeit gesprochen haben. Wir glauben jedoch, daß dieser Brief, der ihm Ehre macht, nicht hinreicht, den beabsichtigten Zweck zu erreichen... Die Ausnahmen, welche er aufstellt, sind so zahlreich, daß der Brief nichts oder fast nichts an dem gegenwärtigen Zustande der Dinge ändern würde, wenn er nicht bestimmte, daß die künftigen Verurteilungen dem Minister-Conseil unterbreitet werden sollen. Dies bildet in der Praxis eine gewisse Garantie, wir wollen es nicht leugnen; aber unser Vertrauen auf die Absichten der Minister kann uns nicht ein Gesetz ersetzen. Wenn der Brief den Zweck hat, die persönlichen Gefinnungen des Präsidenten der Republik bekannt zu machen, so können wir ihn nur loben; wenn aber der Justizminister glaubt, daß dieser Schritt hinreicht, sein Wort zu lösen und das Gesetz überflüssig zu machen, dessen Vorlegung die Regierung nothgedrungen zugesagt hatte, so ist das ein Irrthum, gegen welchen wir nicht genug protestieren können.“

Soweit kann die Kammer in dem Verzicht auf ihre Rechte nicht geben.“ Der „Rappel“ unterläßt vollständig, seinen Tadel in eine milde Form zu kleiden. Er spottet über den gesammelten Inhalt des Briefes, insbesondere über den Passus, worin es heißt, das öffentliche Gewissen könne die Straflofigkeit der eigentlichen Verbrecher aus der Zeit der Commune nicht dulden. Die Straflofigkeit der Verbrecher, erklärt der „Rappel“, ist dem öffentlichen Gewissen nichts Neues. „Es hat dieselbe seit 25 Jahren alle Tage vor Augen. Wenn man von Verbrechern spricht, die nicht unbestraft bleiben dürfen, so müßte man mit jenen unvergleichlichen Verbrechern den Anfang machen, welche nicht bestraft, sondern belohnt worden sind. Es ist seltsam, von der Gleichheit der Justiz zu sprechen, in einer Zeit, wo die Richter der berichtigten „gemischten Commissionen“ die Richter der Republik geworden sind, wo die Bischöfe, welche das Te Deum des December-Attentats sangen, Mitglieder der höheren Unterrichts-Commission und wo die Todtschläger des Boulevard Montmarire Senatoren sind.“ Wahrscheinlich werden die Intransigenten der äußersten Linken auf den Brief Mac Mahon's mit der Niederlegung des Marcou'schen Vorschlages antworten, welcher bekanntlich dahin geht, die noch lebenden Theilnehmer des Staatsreichs vom 2. December in Anklagezustand zu versetzen. Marcou hat nicht, wie es hieß, seinen Plan aufgegeben; er hat freilich erst 14 Unterzeichner für seinen Antrag gefunden. Selbstverständlich wird man mit dieser Demonstration wenig ausrichten. — In der Frage des Municipalgesetzes schiebt man heute nicht klarer als gestern. Die Commission für dies Gesetz wird ihren Bericht heute niederlegen; er beantragt, wie bekannt, der Regierung provisorisch das Recht der Ernennung der Bürgermeister in den Cantonshauptstädten zu geben. Die äußerste Linke hat gestern einstimmig beschlossen, diesen Antrag zurückzuziehen (Gambetta hielt in der Fractionversammlung eine längere Rede), und ebenso einstimmig beschloß das linke Centrum, den Commissions-Vorschlag zu unterstützen. Angesichts dieses Zwiespalts suchen jetzt mehrere Deputirte eine Vertagung der ganzen Gemeindegesetz-Reform herbeizuführen. — Die „Republique“ setzt heut ihre Betrachtungen über das Ministerium des Aeußeren fort und spricht dabei von der Nothwendigkeit, einen französischen Botschafter beim Vatican zu unterhalten. „Die Unterdrückung dieser Botschaft, meint sie, wäre ein schwerer Fehler; wir würden eine Stellung verlieren, deren Beibehaltung nützlich ist und welche Frankreich die Privilegien beläßt, die es im geistlichen Rom, namentlich während der Dauer der Conclave, genießt. Wir würden zugleich Italien Schwierigkeiten bereiten, welche unsere guten Beziehungen zu dieser Macht nur erschüttern könnten. Diese Beziehungen aber müssen wir aufrechterhalten und befestigen. Es ist allerdings sehr peinlich, die gereizte Sprache der päpstlichen Gewalt ohne Protest und sozusagen mit stillschweigender Billigung zu dulden, und der Verzicht auf jede diplomatische Beziehung zum heiligen Stuhle wäre den Bestrebungen des französischen Gedankens höchst angemessen. Aber die Politik hat niemals den Ehrgeiz gehabt, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Sie läßt sich nur von der Nothwendigkeit leiten, so peinlich dieselbe auch sein mag. Glaubt man übrigens, daß unsere Politik besonders im Auslande immer auf Rosen gebettet ist? Wenn wir die Stellung unteruchen wollten, welche uns bei einigen europäischen Kanzleien bereitet ist, so könnten wir ohne Mühe beweisen, daß die diplomatischen Beziehungen nicht nur in Rom eine ansehnlich übertriebene, aber in Wahrheit nothwendige Zurückhaltung erheischen. Wir untererkeits hüten uns wohl, uns gegen diesen Zustand der Dinge aufzulehnen, welcher nicht, wie man mehrfach glauben machen will, durch unsere jetzige Regierungsform veranlaßt worden ist. Es ist vielmehr eine Folge der Unfähigkeit der früheren Regierungen, ihrer falschen Schritte, ihrer unzusammenhängenden und widersprechenden Wandel.“ — Man sieht mit solcher Spannung nach Serbien hinüber, wo man jede Stunde den Ausbruch der Feindseligkeiten erwartet, daß die letzte Rede Lord Derby's nicht die Beachtung gefunden hat, welche ihr unter anderen Umständen zu Theil geworden wäre. Der officiöse „Moniteur“ kann jedoch nicht umhin, die Aeußerungen des englischen Ministers einer nicht eben wohlwollenden Kritik zu unterwerfen. Die nach Lord Derby's Behauptung bisher von England beobachtete Neutralität scheint dem „Moniteur“ sehr verdächtig. Die wahre Neutralität, meint er, besteht nicht darin, plötzlich einer diplomatischen Action, an der man sich bisher betheiligte hatte, seine Beihilfe zu versagen. Wenn die Pforte nicht dieser angeblichen Neutralität Englands, die sich durch die Auffstellung einer außergewöhnlichen Seemacht an der türkischen Küste äußert, ihre besondere Deutung gäbe, so wäre die Situation im Orient heute weniger gefährlich. Wir wollen Niemand verurtheilen, schließt der „Moniteur“, aber es fällt in die Augen, daß die Haltung Englands bisher nicht gerade zur Befestigung des Friedens in Europa beigetragen hat.

Paris, 28. Juni. [Zur orientalischen Frage. — Frankreich und Deutschland.] Der russische Botschafter, schreibt man der „R. Z.“, war heute Morgen beim Herzog von Decazes und theilte ihm wichtige Depeschen über den Orient mit. Der „Temps“ versichert, alle Mächte seien einig darin, sich nicht in die orientalischen Wirren einzumischen, und hätten Serbien bedeutet, daß es alles, was es unternehme, auf eigene Rechnung und Gefahr thue. Das „Bulletin Francais“, das Abendblatt des „Journal Officiel“, sagt:

„Alle Nachrichten aus Belgrad bestätigen die kriegerischen Absichten Serbiens. Es ist ein beinahe gewiß, daß, wenn der Einfluß der Großmächte nicht Einhalt thut, die Feindseligkeiten binnen kurzer Frist ausbrechen werden. Alle Vorbereitungen dazu treffend, sucht Serbien Bundesgenossen; mit Montenegro hatte es schon Verhandlungen zu einem Allianzvertrag angeknüpft; nachdem dieselben wegen gewisser Berichtigungen abgebrochen gewesen, sind sie jetzt wieder aufgenommen und vollständig zu Ende geführt worden. Der Vertrag ist bereits von beiden Seiten in aller Form ratificirt. Die montenegrinische Truppenmacht beläuft sich auf 16,700 Mann mit 20 Berggeschützen. Gestern (am 27. d.) haben die Insurgenten-Führer der Herzegovina durch ein Manifest kundgethan, daß sie den Führern von Montenegro als oberen Leiter des Feldzugs anerkennen; desgleichen haben die bosnischen Führer durch ein Manifest den Fürsten Milan zum König von Bosnien ausgerufen. Die widerspruchsvollsten Ansichten gehen um über die Aufnahme, welche die Kriegserklärung Serbiens an die Pforte bei den Mächten finden würde. Man behauptet, falls der Krieg für Serbien gänzlich ausschläge, würden die Mächte es doch nicht als unabhängig anerkennen wollen, dagegen sich ihm wohlwollend erweisen, falls es geschlagen würde. Andererseits wird behauptet, Rußland werde, wie der Kampf auch immer auslaufe, Serbiens Integrität garantirt haben. Uebri-gens sind die Mächte durch nichts verpflichtet, sich in die orientalischen Angelegenheiten einzumischen. Der Pariser Vertrag verbietet es ihnen vielmehr.“ Das Bulletin hebt zwei Artikel des Vertrags hervor und fährt dann fort: „In Konstantinopel hat man über den Ausgang des Krieges keine schärferen Besorgnisse; die Pforte hält sich für stark genug, alle Empörungsbefuche zu unterdrücken. Die türkischen Truppen, welche an der Grenze lagern, und die Donauflotte haben Befehl, beim ersten Signal zum Beginne der Feindseligkeiten bereit zu sein. Abdul Kerim Pascha übernimmt den Oberbefehl über die Truppen an der serbischen Grenze. Die benachbarten oder sonst betheiligten Regierungen treffen Vorsichtsmaßregeln, wie sie der gegenwärtigen Lage der Dinge rechtfertigt.“

Man schließt aus diesen plötzlich so reichhaltig gewordenen Mittheilungen des halb-officiellen Abendblattes, daß durch dieselben die öffentliche Meinung auf den Ausbruch des Krieges vorbereitet werden solle. Wie die Dinge sich gestalten werden, wenn der Kampf erst einmal an der Donau ausgebrochen ist, läßt sich noch keineswegs absehen. Bemerkenswert zu werden verdient jedoch, daß fast alle Franzosen sich gegen

Berliner Börse vom 30. Juni 1876.

Table with 2 columns: 'Wechsel-Course' and 'Eisenbahn-Stamm-Aktion.' listing various exchange rates and stock prices.

Table with 2 columns: 'Fonds- und Geld-Course.' and 'Hypothek-Certifikate.' listing interest rates and mortgage certificates.

Table with 2 columns: 'Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktion.' and 'Bank-Papier.' listing railway stock and bank paper prices.

Table with 2 columns: 'Ausländische Fonds.' and 'Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.' listing foreign funds and railway stock prices.

Table with 2 columns: 'Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.' and 'In Liquidation.' listing railway stock and liquidation prices.

Table with 2 columns: 'Industrie-Papier.' and 'Bank-Discont.' listing industrial paper and bank discount rates.

Telegraphische Depeschen.

London, 30. Juni. Abends. Unterhaus. Dille fragt, ob es wahr sei, daß der Großfürst Wladimir mit der serbischen Armee an der türkischen Grenze sei.

Petersburg, 30. Juni. Die Reichsbank erhöht von morgen ab den Wechseldiscount auf 7 und den Lombardzinsfuß auf 8 pCt.

Frankfurt a. M., 30. Juni, Nachm. 2 Uhr. 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204. 65, Pariser Wechsel 80. 97, Wiener Wechsel 163. 50, Böhmische Westbahn 144%, Elisabeth-Bahn 119%, Galizier 160%, etc.

Hamburg, 30. Juni, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 114%, Silberrente 54%, Creditactien 109%, etc.

Berlin, 30. Juni. [Produktenmarkt.] Das Geschäft in Roggen ist heute unbelebt gewesen, aber die Terminpreise sind eher eine Kleinigkeit besser gewesen.

Antwerpen, 30. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen matt, Roggen ruhig, Hafer unbedeutend.

Berlin, 30. Juni. [Produktenmarkt.] Das Geschäft in Roggen ist heute unbelebt gewesen, aber die Terminpreise sind eher eine Kleinigkeit besser gewesen.

Antwerpen, 30. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen matt, Roggen ruhig, Hafer unbedeutend.

Berlin, 30. Juni. [Produktenmarkt.] Das Geschäft in Roggen ist heute unbelebt gewesen, aber die Terminpreise sind eher eine Kleinigkeit besser gewesen.

Antwerpen, 30. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen matt, Roggen ruhig, Hafer unbedeutend.

Berlin, 30. Juni. [Produktenmarkt.] Das Geschäft in Roggen ist heute unbelebt gewesen, aber die Terminpreise sind eher eine Kleinigkeit besser gewesen.

Spiritus loco ohne Faß 50,2-5 M. bez., mit leichten Gebinden - M. bez., ab Speicher - M. bez., mit Faß - M. bez., etc.

Breslau, 1. Juli, 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Verkaufsbetrieb im Allgemeinen wenig belebt, bei mäßigem Angebot und unbedeutenden Preisen.

Wien, 30. Juni. Das 'Tagblatt' meldet: Serbien hat die Pariser Vertragsmächte offiziell eingeladen, die Freiheit des Donaustroms gegen die türkische Donauflotte zu schützen, etc.

Frankfurt a. M., 30. Juni, Nachm. 2 Uhr. 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204. 65, Pariser Wechsel 80. 97, Wiener Wechsel 163. 50, etc.

Hamburg, 30. Juni, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 114%, Silberrente 54%, Creditactien 109%, etc.

Berlin, 30. Juni. [Produktenmarkt.] Das Geschäft in Roggen ist heute unbelebt gewesen, aber die Terminpreise sind eher eine Kleinigkeit besser gewesen.

Antwerpen, 30. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen matt, Roggen ruhig, Hafer unbedeutend.

Berlin, 30. Juni. [Produktenmarkt.] Das Geschäft in Roggen ist heute unbelebt gewesen, aber die Terminpreise sind eher eine Kleinigkeit besser gewesen.

Antwerpen, 30. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen matt, Roggen ruhig, Hafer unbedeutend.

Berlin, 30. Juni. [Produktenmarkt.] Das Geschäft in Roggen ist heute unbelebt gewesen, aber die Terminpreise sind eher eine Kleinigkeit besser gewesen.

Antwerpen, 30. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen matt, Roggen ruhig, Hafer unbedeutend.

Berlin, 30. Juni. [Produktenmarkt.] Das Geschäft in Roggen ist heute unbelebt gewesen, aber die Terminpreise sind eher eine Kleinigkeit besser gewesen.

Matthias-Park. Elegante Wohnungen mit reizender Aussicht. Neubau Augustaplatz. Es ladet ergebenst ein C. Kasper.